

Mitschrift der Sitzung der Liechtensteinischen Lehrerverbände am 17.05.2016 im SZM II

Anwesend:

Gregor Vogt (LG), Esther Ladner (OSV), Martin Ritter (RSE), Caroline Büchel (OST), Susanne Vogt (OST), Holger Marxer (LG), Rolf Marxer (PSM), Martin Spalt (RSV)

Die Vertreter der Lehrerverbände beschliessen eine gemeinsame Vorgangsweise zu folgenden Punkten:

a) Anpassung Kündigungsschutz für Staatsbedienstete.

b) Attraktivitätssteigerung im Lehrberuf: Gehaltsdiskussion (v.a. Junglehrpersonen), Entlastung für ältere Dienstnehmer etc. Der Vergleich mit der Lohnsituation in der Schweiz und die stillschweigend akzeptierte Reallohnsenkung müssen in diesem Punkt thematisiert werden.

ad a) die aktuelle 1. Lesung des entsprechenden B&A im Landtag sorgt für Unmut in den Lehrerverbänden. Der Willkür bei der Kündigung von Lehrpersonen sind Tür und Tor geöffnet. Die Lehrerverbände fordern klare Kriterien, Schutz vor Willkür und transparente Entscheidungsprozesse, die auch die Würde und das Recht der Lehrperson berücksichtigen.

Die Folgen dieser und anderer Verschlechterungen sind im Alltag spürbar: Rückgängige Bewerbungen, kaum mehr Bereitschaft 100% zu unterrichten, Burnoutgefahr...

Die Lehrerverbände beschliessen, das Gespräch mit Landtagsabgeordneten zu suchen, um die Bedenken in einem konstruktiven Dialog einzubringen. Holger Marxer und Peter Hilti klären mögliche Varianten für ein solches informelles Gespräch.

Die Lehrerverbände erhalten den Auftrag in ihren Reihen den B&A zu studieren, um für weitere Gespräche vorbereitet zu sein.

ad b) der Vergleich mit den benachbarten Kantonen und die täglichen Erfahrungen zeigen, dass der Lehrberuf in Liechtenstein zunehmend unattraktiver wird. Dies zeigt sich zum einen in Abwanderungen bereits angestellter Lehrpersonen, zum anderen in mangelnden Bewerbungen bei offenen Stellen.

Die Lehrerverbände beschliessen auch hier ein konstruktives Vorgehen d.h. Lösungen in Form „machbarer Forderungen“ zu erarbeiten und in die Diskussion einzubringen.

Beispiel: besonders prekär im Vergleich zur benachbarten Schweiz ist die Gehaltssituation der Junglehrpersonen. Die Verbände könnten sich die Wiedereinführung des „Stufenautomatismus“ für Junglehrpersonen bis zu einem gewissen Dienstjahr vorstellen. Die Einstufung in das Landesbedienstetensystem hat von Beginn an für finanzielle Verschlechterung gesorgt und die angekündigten Lohnsummen wurden bis dato nicht erreicht.

Die Lehrerverbände suchen auch hier das Gespräch mit Landtag und Regierung. *Die Verbände sind angehalten in ihren Reihen bis Sept. 2016 „machbare Forderungen“ zu erarbeiten.*

Nächste Sitzung: September 16

Für das Protokoll: Martin Spalt (Kassier LRSV)